

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Matthias Höhn, Dr. Gesine Löttsch, Dr. André Hahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/4566 –**

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 19/4560 –**

Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2018

A. Problem

Verstärkte Anstrengungen zur Herstellung gleichartiger Lebensverhältnisse in den neuen und den alten Bundesländern; Schaffung der Voraussetzungen für gleiche Löhne und Gehälter in Ost und West, indem der gesetzliche Mindestlohn auf mindestens 12 Euro angehoben wird, Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen verboten werden und eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen gesetzlich geregelt wird; Beendigung der eklatanten Unterrepräsentanz Ostdeutscher in Führungsfunktionen von Politik, Justiz, Wissenschaft oder Medien; Rückgängigmachung des Rückzuges des Staates aus der öffentlichen Daseinsvorsorge.

B. Lösung

**Ablehnung des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag auf Drucksache 19/4566 abzulehnen.

Berlin, den 10. Oktober 2018

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Claudia Müller
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Claudia Müller

I. Überweisung

Der Entschließungsantrag auf **Drucksache 19/4566** wurde in der 52. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. September 2018 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Sportausschuss, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für Kultur und Medien, den Ausschuss Digitale Agenda, den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion DIE LINKE. stellt fest, dass die Bundesregierung das politische Ziel einer sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen deutschen Einheit seit Jahren aufgegeben habe. Demokratischen Zusammenhalt und Zugehörigkeit fördere man nicht durch Verschweigen von Unterschieden, Forderungen nach Dankbarkeit und auch nicht durch Belehrungen.

Notwendig sei vielmehr dass die Bundesregierung sich unverzüglich an drei Aufgaben im Sinne politischer Regierungsgroßprojekte Deutsche Einheit mache. Mit der Aufgabe „Aufwertung statt Entwertung“ müsse die eklatante Unterrepräsentanz Ostdeutscher in Führungsfunktionen von Politik, Justiz, Wissenschaft oder Medien beendet werden. Bei der Aufgabe „Rückkehr statt Rückzug“ gehe es darum, den Rückzug des Staates aus der öffentlichen Daseinsvorsorge rückgängig und Ostdeutschland für die Rückkehr attraktiver zu machen. Im Rahmen der Aufgabe „Freiheit in Gleichheit“ schließlich gehe es darum, die Ungleichheit bei Löhnen und Renten zwischen Ost und West zu beenden. Dies müsse u.a. durch eine sofortige Rentenangleichung erfolgen. Außerdem müsse der gesetzliche Mindestlohn auf mindestens 12 Euro steigen, Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen müssten verboten werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 19/4566 in seiner 24. Sitzung am 10. Oktober 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Sportausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 19/4566 in seiner 13. Sitzung am 10. Oktober 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 19/4566 in seiner 22. Sitzung am 10. Oktober 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 19/4566 in seiner 21. Sitzung am 10. Oktober 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 19/4566 in seiner 20. Sitzung am 10. Oktober 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 19/4566 in seiner 16. Sitzung am 10. Oktober 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 19/4566 in seiner 20. Sitzung am 10. Oktober 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 19/4566 in seiner 17. Sitzung am 10. Oktober 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 19/4566 in seiner 11. Sitzung am 10. Oktober 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 19/4566 in seiner 12. Sitzung am 10. Oktober 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 19/4566 in seiner 17. Sitzung am 10. Oktober 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 19/4566 in seiner 13. Sitzung am 10. Oktober 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 19/4566 in seiner 16. Sitzung am 10. Oktober 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 19/4566 in seiner 7. Sitzung am 10. Oktober 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 19/4566 in seiner 18. Sitzung am 10. Oktober 2018 abschließend beraten.

Die **Koalitionsfraktionen** führten aus, die Wirtschaft in den neuen Ländern sei sehr stark vom Mittelstand geprägt, der es verdiene, unterstützt und gefördert zu werden. Dies erfolge bereits in Form der industriellen Gemeinschaftsforschung und über das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM). Man müsse wegkommen von

einer reinen sog. Ostförderung hin zu einer gesamtdeutschen Förderung strukturschwacher Regionen. Dem zentralen Problem des Fachkräftemangels solle durch das geplante Einwanderungsgesetz begegnet werden. Deutschland sei mit der Einsetzung der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse gut aufgestellt. Die in dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. geforderte Ostquote für Führungspositionen sei wenig hilfreich. Auch werde die in dem Antrag enthaltene Forderung betreffend die Neuansiedlung von Bundesbehörden in den neuen Ländern bereits von der Bundesregierung umgesetzt.

Die **Fraktion der AfD** stellte fest, es gebe wohl unbestritten nicht nur gesellschaftspolitische sondern auch erhebliche wirtschaftliche Unterschiede zwischen Ost und West. Die bisherige Politik der Bundesregierung habe seit siebenundzwanzig Jahren nicht dazu geführt, dass es eine tatsächliche deutsche Einheit gebe. Die Strukturpolitik der letzten Bundesregierungen habe letztendlich keinen Erfolg gehabt. Man müsse endlich auch einmal über nationale Sonderwirtschaftsgebiete nachdenken. Damit könne man fernab von der Aufteilung in Ost und West alle strukturarmen ländlichen Räume in den Fokus nehmen. Die von dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. anvisierte „Ossi-Quote“ sei der falsche Weg. Auch ein Mindestlohn von zwölf Euro würde eher dazu führen, dass die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern weiter steige.

Die **Fraktion der FDP** bemängelte, dass keinerlei Konzepte vorgelegt worden seien, wie man den Aufholprozess wieder beschleunigen könnte. Die bloße Nennung des Begriffes Sonderwirtschaftszone löse noch kein Problem. Man benötige konkrete Vorstellungen, wie man das Problem der Abwanderung junger Menschen aus den neuen Ländern seit der Wiedervereinigung beseitigen könne. Das jetzt vorgeschlagene Einwanderungsgesetz sei nicht geeignet, dieses Problem zu lösen. Notwendig sei ein Anwerbe-gesetz.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stellte fest, einmal pro Jahr im Oktober genieße das Problem der einheitlichen Lebensverhältnisse bei der Bundesregierung hohe Priorität, danach geschehe jedoch nichts. Die Bundesregierung könne sich im Angesicht der Ungleichheit des Lohnniveaus nicht darauf beziehen, dass dies die Tarifautonomie betreffe, für die ausschließlich Arbeitgeber und Arbeitnehmer zuständig seien. Auch die Bundesregierung könnte einen Dialog mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaft veranstalten, wie man Löhne und Gehälter sowie Arbeitszeiten angleichen könnte. Viele Ostdeutsche fühlten sich auch nicht richtig verstanden und repräsentiert, weil nahezu alle Führungskräfte im privaten wie im öffentlichen Sektor von sog. „Wessis“ bestückt würden. Mit der Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone würde man eine neue virtuelle Mauer aufbauen. Das sei völlig sinnlos.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** räumte ein, dass es in den neuen Bundesländern durchaus bergauf gehe. Gehälter und auch die Renten entwickelten sich positiv. Allerdings vergrößere sich trotzdem die Schere zwischen Ost und West, weil die Löhne im Westen und damit auch die Wirtschaftskraft dort noch erheblich mehr steige als im Osten. Ein gewisser Stillstand bei der Angleichung der Lebensverhältnisse sei unübersehbar. Das Abwanderungsproblem trete immer deutlicher zutage. Das Problem der Unternehmensnachfolge in den neuen Ländern werde bisher überhaupt nicht thematisiert.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 19/4566 zu empfehlen.

Berlin, den 10. Oktober 2018

Claudia Müller
Berichterstatlerin

